

wish Association in London — unterhaltenen Schulen zählen insgesamt nur etwa 9400 Schüler; außerdem besuchen 25 jüdische Schüler die Regierungsschulen und 442 die verschiedenen christlichen Privatschulen. Auf den weiteren notwendigen Ausbau des hebräischen Schulwerks in Palästina deutet das neue Palästina-Budget hin, das vom Aktionskomitee der Zionistischen Organisation kürzlich für das Jahr 1926/27 (jüdisches Jahr 5687) beschlossen wurde und bei einem Gesamtaufwand von L. 668 920 einen Posten von L. 78 000 für das Erziehungswerk vorsieht. Es sei noch hervorgehoben, daß bei all den bisher genannten Zahlen die Universität Jerusalem, das Technikum Haifa, die Universitäts- und Nationalbibliothek Jerusalem und die Arbeiterbildungs-Institutionen nicht mit eingerechnet sind. Insbesondere enthält das neue Palästina-Budget neben den erwähnten L. 78 000 noch weitere L. 4000 für religiöse Erziehung und L. 2000 für die Tachkemonie-Schule.

Ueber die Leistungen des hebräischen Schulwerks in Palästina brauchen wir uns heute nicht nur aus jüdischer Quelle zu informieren. Auch andere kompetente Beobachter haben in letzter Zeit ihre Ansichten darüber geäußert. Besonders interessant ist da vor allem der Bericht der ägyptischen Lehrer, die unlängst Palästina bereist haben. Diesen Bericht hat der Führer jener Delegation, Mohammed Ruchdy Bey, dem ägyptischen Unterrichtsministerium erstattet; es handelt sich also um ein amtliches Dokument, das an Bedeutung noch dadurch gewinnt, daß es von einem Mohammedaner, einem Angehörigen des arabischen Kulturkreises, herrührt. Der Bericht zieht einen Vergleich zwischen den palästinensischen Regierungsschulen und dem hebräischen Schulwerk, das seiner Ansicht nach den Regierungsschulen durchaus überlegen ist, sowohl in der Ausgestaltung der Schulräume als auch in der Ausbildung und Berufsauffassung der Lehrer, ferner in der Disziplin, weiter in der pädagogischen Einstellung auf die allgemeinen Bedürfnisse der kulturellen und sozialen Entwicklung, schließlich in dem Werte, der der körperlichen Ertüchtigung der Jugend beigelegt wird. Jener Bericht ist durch die gesamte maßgebende arabische Presse Ägyptens gegangen und in besonderer Ausführlichkeit von der größten Tageszeitung Kairo, dem „Mokkattam“, gewürdigt worden. Die Wirkung auf die Öffentlichkeit war naturgemäß sehr stark, insbesondere auch die Rückwirkung auf Palästina. Sie hat die Juden Palästinas erneut zu dem Kampfe ermutigt, den sie schon seit langem für eine angemessene Beteiligung der Palästina-Regierung an den Kosten des hebräischen Schulwerks führen. In der Tat besteht hier ein unhaltbarer Zustand. Die Juden sind die wichtigsten Steuerzahler Palästinas. Ihrer Steuerkraft vor allem ist es zu verdanken, daß das letzte Finanzjahr Palästinas einen Ueberschuß von 1 200 000 Pfund erbringen konnte. Um so weniger kann es gebilligt werden, daß der gesamte Regierungsaufwand für das Schulwesen fast ausschließlich den arabischen Regierungsschulen zugute kommt, während man für das hebräische Schulwerk einen so geringfügigen Betrag zur Verfügung stellte, daß hiervon bestenfalls gerade 2,6 Prozent der Kosten dieses Schulwerks zu bestreiten waren.

Es ist selbstverständlich, daß die Zionistische Organisation nichts unterläßt, um eine andere Haltung der Regierung in dieser hochwichtigen Frage herbeizuführen. Hoffentlich werden diese Bemühungen von Erfolg gekrönt sein. Es ist aber wohl voranzusehen, daß auch in Zukunft ein sehr wesentlicher Teil der jüdischen Schulkosten in Palästina Deckung aus den Aufbaufonds der Zionistischen Organisation fordern wird, selbst auch wenn es gelingt, den Posten der Schulgelder und der Beiträge jüdischer Gemeinden in Palästina und sonstiger jüdischer Körperschaften erheblich zu erhöhen. Man muß dabei berücksichtigen, daß unsere Schulen in Palästina keineswegs nur eine Art von „pädagogischem Existenzminimum“ darstellen sollen, sondern vielmehr Musteranstalten, denen die hohe Aufgabe anvertraut ist, die kulturelle Einheit der jüdischen Bevölkerung Palästinas, der altansässigen Einwohnerschaft sowohl als auch der ständig zuströmenden neben Einwanderung, zu gewährleisten. Das ist ein Interesse der gesamten Judentum, so daß es angemessen erscheint, die besondere Forderung nach mehr als durchschnittlicher Leistungsfähigkeit unseres hebräischen Schulwerks in Palästina auch, soweit dies nur irgendwie geschehen kann, mit Mitteln der Allgemeinheit in möglichst verstärktem Maße durchzuführen. Vor allem ist es nötig, hierbei auch daran zu denken,

daß der Voranschlag des Etats sehr leicht dadurch überholt werden kann, daß eine größere Zunahme der Einwanderung auch an das Schulwesen neue, unvorhergesehene Ansprüche stellt. Im Prinzip muß es erreicht werden, daß ein jedes jüdische Kind, das den palästinensischen Boden neu betritt oder in das schulpflichtige Alter gelangt, sofort seinen Platz in der hebräischen Schule erhält. Versagen wir infolge Geldmangels in der Erfüllung dieses berechtigten Verlangens, so sind schwere Hemmnisse unserer gesamten Aufbauarbeit unvermeidlich.

Ueber den Ernst dieser Dinge darf man sich keineswegs im Unklaren sein. Alle Zukunft in Palästina stützt sich schließlich auf die Generation, die im Lande selbst heranwächst. Die Erziehungsfrage ist daher ein Kernproblem der gesamten jüdischen Palästinaarbeit. Es darf unter keinen Umständen sein, daß Kinder aus Geldknappheit nicht in die Schule aufgenommen werden können, und daß hieraus ein schwächendes Moment für die Einwanderung oder gar ein Motiv zur Auswanderung aus Palästina sich ergibt. Es wäre tragisch, wenn unsere Schulen in Palästina, die anerkannt besten modernen Schulen des Orients, so gerade im wichtigsten Punkte, in der restlosen Erfassung des gesamten jüdischen Nachwuchses, versagen müßten, nur deshalb weil das Geld fehlt. Allen Juden, an die heute der Keren HaJesod mit seiner Mahnung zur Pflichterfüllung herantritt, mag der hier geschilderte Zusammenhang zwischen Erziehung und Finanzen ein wirksamer Ansporn zu erhöhten Opfern sein!

Berliner Umschau

Berlin. (JTA.) Die Beratungsstelle der „OSE“ (Gesellschaft für Gesundheitsschutz der Juden, c. V.), Berlin C, Gormannstraße 29, I, erweitert ab 10. November ihre Tätigkeit durch Einrichtung einer unentgeltlichen Schwangerschaftsberatung, die vom Spezialarzt Sanitätsrat Dr. Laserstein geleitet wird.

Sprechstunde: Mittwoch von 3½ bis 4½ Uhr nachmittags.

Es ist Pflicht jeder werdenden Mutter in ihrem und ihres Kindes Interesse während der Schwangerschaft sich beraten zu lassen!

„Habimah“ wieder nach Berlin

Berlin. Das Ensemble der Habimah, das gegenwärtig in Hamburg gastiert, kehrt vor der Abreise nach Amerika wieder nach Berlin zurück; einige der prominenten Mitglieder, wie Direktor N. Zernach, B. Zernach, Channah Rovina, Channah Händler, Goland, Baretz u. a. m. werden am Montag, dem 8. November, abends, im Blüthnersaal im Rahmen einer Veranstaltung des Musikverlags „Juval“ und der „Gesellschaft der Freunde jüdischer Musik“ mitwirken.

Ein Rathenau-Zimmer in der Frankfurter Galerie

Berlin. Das Vermächtnis der verstorbenen Frau Geheimrat Rathenau enthält die Bestimmung, daß eine Sammlung von Gemälden, die von Walter Rathenau erworben worden waren, der Gemäldegalerie des Städtischen Kunstinstituts in Frankfurt a. M. zufallen soll. Gemäß dem Wortlaut des Testaments wird diese Stiftung in einem eigenen Raum untergebracht, der die Inschrift tragen wird: „Zum Andenken an Walter Rathenau. Geschenke seiner Mutter.“ Es handelt sich um eine größere Anzahl von berühmten Bildern erster Meister, wie Max Klinger, Max Liebermann, Manet, Ferd. Knoph, Krüger u. a. m.

Eine Leo-Arons-Straße in Berlin

Berlin. (JTA.) Die im Neuköllner Industrieviertel gelegene bisherige Straße 304, die von der Sonnenallee abzweigt, hat laut Beschluß des Bezirksamts Neukölln und der jetzt erfolgten Zustimmung des Berliner Polizeipräsidenten und des Preussischen Staatsministeriums den Namen „Leo-Arons-Straße“ erhalten. Die Straße wird die Erinnerung an den bekannten Sozialdemokraten und hervorragenden Gelehrten Leo Arons festhalten. Wie erinnerlich, wurde seinerzeit unter dem alten Regime ein Gesetz — die sogenannte Leo Arons — geschaffen, das es verhindern sollte, daß dieser hervorragende, jetzt schon verstorbene Gelehrte eine Professur an der Universität erhalte. — Einen „Arons-Weg“ gibt es schon seit einer Reihe von Jahren in der Britzer Kleinhausiedlung „Ideal“, um deren Zustandekommen Leo Arons sich bemüht hat.

Aus der jüdischen Welt

Liberaler Anträge zum Verbandstag — Beamtenordnung und Einbürgerungsfrage

Berlin. (JTA.) Für den am 21. November stattfindenden Verbandstag des Preussischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden hat die liberale Fraktion eine Beamtenordnung eingereicht, die für Rabbiner, Lehrer, Kantoren, Schichtbeamten usw. in den jüdischen Gemeinden Preußens die Anstellungsverhältnisse regeln soll.

Die liberale Fraktion hat in einem weiteren Antrag darauf hingewiesen, daß die Einbürgerung in Deutschland wohnender Ausländer jüdischen Glaubens nicht oder nur in äußerst seltenen Fällen stattfinden, insbesondere hat das den Ländern in Einbürgerungsfragen gewährte Einspruchsrecht aus § 9 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 zu diesem Ergebnis geführt. Die liberale Fraktion betont in ihrem Antrage, daß sich unter den in Deutschland wohnenden Juden ausländischer Staatsangehörigkeit zahlreiche Persönlichkeiten befinden, die seit Jahrzehnten mit dem deutschen Wirtschaftsleben und der deutschen Kultur verbunden sind, zum Teil bereits hier geboren wurden, und erblickt in dieser Praxis eine unbillige Härte, die auch nicht im deutschen Interesse liegen könne. In dem Antrag wird der Rat des Preussischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden ersucht, bei den zuständigen Behörden für eine Beseitigung dieser Praxis einzutreten und eine gleichberechtigte Behandlung der Personen jüdischen Glaubens mit anderen Ausländern in Einbürgerungsfragen herbeizuführen.

100 000 Dollar für jüdische Arbeiter-Kreditkooperativen in Polen

Berlin. (JTA.) Das Exekutivkomitee der Joint-ICA-Reconstruction Foundation hat auf Vorschlag der Direktoren der Foundation, der Herren Dr. Bernhard Kahn und Dr. Louis Oungre, beschlossen, sofort 100 000 Dollar für die jüdischen Kreditgenossenschaften in Polen zu überweisen. Diese Ueberweisung stellt die erste Anzahlung der Kredite dar, die laut dem in den Beratungen der Foundation erwogenen Plane im Jahre 1927 für die Konsolidierung der Kreditkooperativen in Polen flüssig gemacht werden sollen.

Israel Matz' Palästina-Reise

Newyork. (JTA.) Herr Israel Matz, der im vergangenen Jahre zur Förderung der hebräischen Literatur und zur Hilfe an hebräische Schriftsteller 100 000 Dollar gespendet hat, trat eine Reise nach Palästina an. Es wurde ihm zu Ehren eine Abschiedsfeier gegeben, der Herr Dr. Weizmann, der Präsident der Zionistischen Weltorganisation, bewohnte.

Das erste ungarische Palästina-Buch

Budapest. (JTA.) Soeben erschien in Budapest ein Buch von Dr. Josef Patai, Redakteur der Kunstzeitschrift „Műlt és Jövő“, unter dem Titel „A feltamado Szentföld“. Der Verfasser, der sich einige Monate in Palästina aufhielt, gibt hier seine Eindrücke und Erlebnisse wieder. Es ist dies das erste Buch über Palästina, das in hebräischer Sprache erschienen ist.

Publizierung eines Arbeiterschutzgesetzes in Palästina

Jerusalem. Die Palästina-Regierung veröffentlichte soeben den Text eines Arbeiter-Unfallversicherungsgesetzes gemäß den Verpflichtungen, die die Regierung gegenüber dem Völkerbund übernommen hat. Vorläufig beschränkt sich die in Aussicht gestellte Arbeiterschutzgebung auf die Vorschriften betreffend Unfallentschädigung. Es wird vorgesehen, daß bei einem tödlichen Unfall eines Arbeiters an der Arbeitsstätte der Unternehmer der hinterbliebenen Familie eine Summe bis zu 250 Pfund zu zahlen hat. Ist infolge eines Unfalls Arbeitsunfähigkeit eingetreten, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeiter während der ganzen Dauer der Arbeitsunfähigkeit wöchentlich 150 Pfund zu zahlen. Die Regierung selbst unterliegt, wo sie als Arbeitgeber auftritt, den Bestimmungen dieses Gesetzes.

Religiöse Prozessionen für Judenbekehrung

London. (JTA.) Wie die katholischen Zeitungen berichten, hat die „Gesellschaft der Freunde Israels“ in allen Ländern Bitt-Prozessionen für Bekehrung der Juden angeordnet, an denen zahlreiche hohe Priester teilnehmen werden.

Schirme
und Stöcke

JULIUS STROBEL

Schirmfabrik
Petersstraße 19